



Wieder ist eine Diskussion rund um Sonderschulen und Inklusion entfach.

Symbolfoto: dpa

„Viele Kinder könnten integriert werden“

Von Katharina Zierl

Innsbruck – Ein bislang unveröffentlichtes Rechtsgutachten der Uni Innsbruck, wonach Österreich wegen der Beibehaltung der Sonderschulen gegen das Völkerrecht verstoße, sorgt für Diskussionen. „Ich halte es grundsätzlich nicht für zielführend, Sonderschulen als UN-konventionswidrig zu bezeichnen. Sonderschulpädagogen leisten hervorragende Arbeit“, betont Tirols Bildungslandesrätin Beate Palfrader. Parallel dazu müsse man sich aber überlegen „wie die Inklusion sukzessive vorangetrieben werden kann“.

Bestimmte Sondereinrichtungen brauche es, um den Bedürfnissen von Kindern mit schweren Beeinträchtigungen gerecht werden zu

können – „das ist schon allein wegen der Infrastruktur nötig“, sagt Palfrader. „Was die Inklusion betrifft, haben wir sicher noch Nachholbedarf, weil es derzeit viele Kinder in Sonderschulen gibt, die integriert werden könnten“, betont die Landesrätin. Der Bund müsse sich überlegen, „wie er konkret vorgehen will“. Wichtig sei laut Palfrader, die Eltern einzubinden.

Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek erklärte am Dienstag, dass Österreichs Situation betreffend Kindern in Sondereinrichtungen oder Regelschulwesen nicht der UN-Behindertenkonvention widerspreche. Die Ministerin erklärte, Eltern hätten schließlich die Möglichkeit, ihre Kinder in jede Schulform geben zu können. Gleichzeitig verwies Heinisch-Hosek auf den

geplanten Abbau von Sondereinrichtungen bis 2020. Im Lauf der Jahre soll sich dann herausstellen, ob etwa schwerstbehinderte Kinder eine Sondereinrichtung brauchen. SP-Bildungssprecher LA Thomas Pupp teilte gestern in einer Aussendung mit, dass Sonderschulen „ein Verstoß gegen das Völkerrecht“ seien. „An einer Abschaffung des Systems führt in den nächsten Jahren kein Weg vorbei“, fühlt sich Pupp vom Uni-Gutachten bestätigt. Die Tiroler Grünen schlagen in dieselbe Kerbe. „Dieses Gutachten belegt erneut schwarz auf weiß, was wir immer gefordert haben. Sonderschulen sollten langfristig Geschichte sein. Die Zukunft liegt in einer gemeinsamen Schule für alle Kinder“, erklärt Integrationsprecher Ahmet Demir.

Cannabis zu Hause angebaut

Innsbruck – Ob in freier Natur oder über aufwendige „Indoor-Anlagen“ in Räumen: Suchtgiftabhängige pflanzen ihr Kraut immer öfter selbst an. Die Vorteile liegen auf der Hand: Besonders bei größerem (Eigen-)bedarf kann so ein Anbau eine Ersparnis bedeuten, dazu entgeht man dem Ankauf über zwielichtige Gestalten.

Aus zahlreichen Prozessen ist jedoch auch bekannt, dass die Aufzucht ihre Tücken hat. So verzweifelten schon viele Angeklagte an ihren verletzten Hanf-Stengeln und letzte Woche musste ein flüchtiger Plantagenbetreiber in Zirl sogar von der Bergrettung aus steilem Fels gerettet werden – die *TT* berichtete.

Gestern am Landesgericht ging es wiederum um eine größere Anlage in einer Oberländer Wohnung. Ein 33-Jähriger hatte aus 15 Stauden 400 Gramm Cannabis-kraut erzeugt und insgesamt 39 Pflanzen angebaut. Da der Oberländer die Aufzucht für den Eigenbedarf betrieb, blieb es bei 1200 Euro Geldstrafe. (*fell*)

Dank Schwester Johanna sind die Kinder sicher

Innsbruck, Budakova – So viel ist für Schwester Johanna Schwab sicher: „Schwung macht jung.“ Unermüdet ist die gebürtige Tirolerin, die heuer rüstige 80 Jahre alt wurde, für benachteiligte Kinder und Jugendliche im Kosovo im Einsatz. Dabei wird sie seit vielen Jahren von der Hilfsorganisation Jugend Eine Welt sowie vom Bundesheer unterstützt. Ende Oktober konnte jetzt ein weiteres Hilfsprojekt erfolgreich abgeschlossen werden – der Neubau der Dorfschule von Budakova im

Bezirk Suva Reka. „Die Fenster der alten Schule hatten Risse und die Wände Sprünge. Die Eltern hatten Angst, ihre Kinder in dieses Gebäude zu schicken“, erinnert sich Schwester Johanna. „Die Kinder lernen gern und nehmen bis zu zwölf Kilometer lange Schulwege in Kauf.“ Investitionen ins Bildungssystem sind im bitterarmen Kosovo dringend nötig – mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 20 Jahre alt, die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 40 Prozent. Ohne gute Bildung besteht keine Chan-

SOS-Kinderdorf will Opfern zuhören

Die Aufarbeitung der Missstände in SOS-Kinderdorf-Einrichtungen ist lückenhaft, weil Dokumente fehlen.

Die Führung verspricht, aus Fehlern zu lernen.

Von Brigitte Warenski

Innsbruck – Gewalt, sexuelle Übergriffe, Überforderung, patriarchale Strukturen und mangelhaft ausgebildete Kinderdorfmütter. Die Aufarbeitung der Geschichte von SOS-Kinderdorf, die jetzt als Buch unter dem Titel „Dem Schweigen verpflichtet“ erschienen ist, wurde am Montag unter regem Publikumsinteresse präsentiert.

Nachdem nun erstmals auch die Schattenseiten der bisher kaum in Kritik geratene Fürsorgeeinrichtung bekannt sind, „liegt es nun an der Institution, zu handeln“, erklärte Studienautor und Historiker Horst Schreiber. Dass auch seine Aufarbeitung lückenhaft bleiben musste, lag unter anderem daran, dass in den 90er Jahren die Akten der Dorfkommissionen vernichtet wurden.

Diese Dorfkommissionen trafen alle menschlichen wie pädagogischen Entscheidungen. Ihnen oblag es z. B. zu veranlassen, dass ein Kind nicht „kinderdorfwürdig“ war und aus dem Kinderdorf verwiesen wurde, was immerhin jedes fünfte Kind betraf. Viele von ihnen wurden völlig unnotwendigerweise ausgeschlossen, was unermessliches Leid zur Folge hatte“, erzählte Schreiber.

Forschungsbedarf besteht laut Schreiber auch bei den einzelnen Kinderdörfern,



Der Historiker Horst Schreiber (l.) und Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf Österreich, präsentierten das Buch. Foto: V. Weingartner

„weil ich mir ja nur die tendenziellen Strukturen und nicht die Geschichte eines jeden einzelnen Dorfes angeschaut habe“. Die Arbeitsbedingungen für die Aufarbeitung bezeichnete Schreiber als „prinzipiell gut. Auf der einen Seite gab es großes Interesse, auf der anderen Seite prallte ich aber auch gegen Wände.“

Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf Österreich, hielt anstelle des

verhinderten Präsidenten Helmut Kutin die Abschlussrede. Er versprach dabei, „auf die Geschichte hinzuschauen und verstärkt den Kindern, Jugendlichen und Mitarbeitern Mut zu machen, offen über Missstände zu reden“. Jede einzelne Geschichte tue dem Kinderdorf leid: „Weil man sie nicht mehr ungeschehen machen kann, werden wir den Betroffenen zuhören und daraus lernen, denn das ist ein wichtiges Zeichen von Respekt.“



Ein Drogenhund wie dieser (hier ein Symbolbild) fand in einer Tiefgarage 1,3 Kilogramm Haschisch. Foto: Reuters/Moodboard

Gizmo hatte den richtigen Riecher

Innsbruck – Das gab bestimmt ein Leckerli für Polizei-Gizmo. Das Tier der Polizeidiensthundinspektion Innsbruck hatte bereits am 21. Oktober in einer Tiefgarage eine größere Menge Drogen gefunden. Jetzt konnten die zweibeinigen Kollegen auch die Hintermänner dazu dingfest machen.

Insgesamt 1,3 Kilogramm Haschisch hatte Gizmo erschnüffelt. Im Zuge von intensiven Ermittlungen durch das Stadtpolizeikommando

und das Landeskriminalamt konnten jetzt zwei Nordafrikaner den Drogen zugeordnet werden.

Einer der mutmaßlichen Dealer, ein 17-jähriger Mann, ist bei den Behörden bereits einschlägig bekannt und wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Innsbruck in die Justizanstalt überstellt und die Untersuchungshaft verhängt. Sein 21-jähriger Komplize wurde nach Angaben der Polizei auf freiem Fuß angezeigt. (*TT*)



Die gebürtige Tirolerin Johanna Schwab mit „ihren“ Kindern. Foto: Jugend eine Welt